



Nr. 187.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 2mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die heimhaltige Seite Nr. 3.—

Montag, den 14. August 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Federlohn Nr. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 84.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die zwischen der bayerischen und der Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen sind jetzt veröffentlicht worden. Ihr wesentlicher Inhalt besteht darin, daß die bayerische Regierung ihre Sonderverordnungen zum Schutze der Republik aufhebt, daß aber die Reichsregierung Zugeständnisse bezüglich des Reichskriminalgesetzes und des Staatsgerichtshofes macht, die der Polizei- und Justiz-Hoheit Bayerns Rechnung tragen. Außerdem erklärt die Reichsregierung, daß sie nicht gewillt sei, die Reichszuständigkeiten zum Schaden der Länder weiter auszuweiten.

Auf der Londoner Konferenz wird weiter um eine Verständigung „gekämpft“. Die Auffassungen Poincaré's und Lloyd George's gehen angeblich immer noch grundförslich so weit auseinander, daß an einen gemeinsamen Beschluß, den man herbeiföhren möchte, im Augenblick nicht zu denken ist. Doch kommt eine solche Einigung oft „über Nacht“ zustande. Vorläufig besteht Lloyd George noch auf der Gewöhahrung eines Moratoriums mindestens bis Ende des Jahres, wofür die Byroz, Ausfuhrabgabe und die Zolleinnahmen im Rheinland als Sicherheit benützt werden sollen. Poincaré dagegen will nur ein ganz kurzfristiges Moratorium von 6 Wochen gewöhren, und dafür neben den vorgenannten Einnahmen auch noch Beschlag auf die staatlichen Bergwerke und Forsten im besetzten Gebiet legen. Außerdem hat die französische Regierung ja schon mit der Ausweisung Deutscher aus Elsaß-Lothringen begonnen, deren Vermögen beschlagnahmt wird, und also von Deutschland wieder ersetzt werden soll. Diese Maßnahmen sollen im Falle der fortgesetzten Weigerung Deutschlands, seinen „Verpflichtungen“ nachzukommen, fortgesetzt werden. Man sieht, die Brutalität Frankreichs überschreitet alle Grenzen förtlichen Empfindens. Das Theaterpiel ist nur so weit gediehen, daß Lloyd George mit seinen Vorschlägen allein dasteht, da die italienischen und belgischen Vertreter sich auf französische Seite zu schlagen beginnen, da ihnen die englische Auffassung nicht genügend Einnahmen und Sicherheiten bietet. Lloyd George wird also wieder einmal nachgeben müssen, aber die Hauptsache bleibt ja schließlich, das „moralische“ Ansehen Englands wird glänzend aus diesem „Kampfe“ hervorgehen. Die Sachverständigen sollen sich sogar für eine Entzögnung nung staatlicher Bergwerke und Forsten im Rheinland ausgesprochen haben, wenn Deutschland die Forderungen nicht erfüllt. Man sieht also, welches Ergebnis die letzten Entscheidungen haben werden. Im übrigen soll das System der hinausschiebung der endgültigen Regelung der Reparationsfrage fortgeführt werden, denn man will alle diese Fragen erst auf einer neuen Konferenz, die in 2 Monaten stattfinden soll, erledigen. Vorerst will man aber noch den „internationalen“ (sage angelsächsischen) Bankiersschuß über seine Ansicht bezüglich einer Anleihe für Deutschland hören. Inzwischen kann ja die Finanzkatastrophe in Deutschland fortschreiten. — Um so besser, sagen die Alliierten.

Die Einigung zwischen Bayern und dem Reich.

Berlin, 12. Aug. Die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung am 9. und 10. August 1922 erfolgten Besprechungen hatte folgendes Ergebnis: 1. Die bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die unter dem 24. Juli 1922 erlassene Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik spätestens am 18. August 1922 mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben. 2. Die Reichsregierung erklärt A zum Schutze des 1. für die Abgabe von Untersuchungen an die örtlichen Staatsanwaltschaften und für die Stellung von Anträgen auf Verweisung zum ordentlichen Verfahren (§ 13 Abs. 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik) wird der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nur solche Sachen bestimmt sind, deren Bedeutung so erheblich ist, daß ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reiches angemessen erscheint. Die Ueberweisung der Sachen an die örtlichen Behörden wird deshalb die Regel bilden. Insbesondere werden Sachen, deren Interesse sich auf ein einzelnes Land oder auf engere örtliche Kreise beschränkt, den Landesbehörden überwiesen werden. 2. bei Inanspruchnahme polizeilicher Tätigkeit in einem Lande wird der Oberreichsanwalt sich der polizeilichen Behörde dieses Landes bedienen. Soweit aus besonderen Gründen eine Mitwirkung auswärtiger Polizeibeamter in einem Lande nötig wird, werden diese nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der örtlichen Stellen tätig werden. Dabei wird erwartet, daß die von dem Oberreichsanwalt im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit und dieser Richtlinien getroffenen Anordnungen an die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden der Länder von den Landesdienststellen nicht durchkreuzt, insbesondere nicht von der Einholung von Weisungen vorgelegter Landesbehörden abhängig gemacht werden; 3. bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes wird jede Ein-

seitigkeit vermieden werden. Die Auswahl wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Eignung zur richterlichen Tätigkeit erfolgen. Sie wird sich auf Personen erstrecken, die in der Defensivität das für ein Mitglied eines höchsten Gerichtshofes notwendige Ansehen haben. Die besonderen Interessen der Länder werden bei der Auswahl berücksichtigt werden. Es werden mehrere Senate gebildet und Befehung und Geschäftverteilung unter dem Gesichtspunkt des örtlichen Ursprungs der Sachen von den Ländern geregelt. B. Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre, besonders durch den Erlaß der Gesetze zum Schutze der Republik, ist in den einzelnen Ländern die Besorgnis entstanden, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeiten der Länder fortschreitend einzuschränken, sie letzten Endes ihres staatlichen Charakters zu entkleiden und das Reich immer mehr zum Einheitsstaat zu gestalten. Diese Auffassung entbehrt der Begründung. Die Lebensnotwendigkeiten unseres durch äußeren Druck zur inneren Einheitslichkeit genötigten Reiches haben eine Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches notwendig gemacht. Diese Entwicklung hat aber nach menschlichen Ermessen ihr Ende erreicht. Die Einschränkung der Polizeihohheit und der Justizhohheit durch die Schutzgesetze ist zeitlich begrenzt. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit der Länder sind in der Reichsverfassung anerkannt. Die Reichsregierung ist nicht willens, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Hohheitsrechte der Länder an sich zu ziehen. Sie ist der Ueberzeugung, daß die einzelstaatliche Gliederung der Länder der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Wesens und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in lebendigen engeren Gemeinwesen die beste Gewähr reichsfreundiger Einordnung in das Ganze der Nation ist.

Die Londoner Konferenz. Noch keine Einigung in Aussicht. Die verschiedenen Vorschläge.

Paris, 13. Aug. In einer Havas-Meldung aus London wird festgestellt, daß die Konferenz in einer Sackgasse angelangt ist. Der Finanzminister und die Sachverständigen hätten sich über die von Deutschland zu erlangenden Garantien nicht einigen können. Ihr Bericht stelle die Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Delegationen fest, die sich nicht nur auf die Frage der Kontrolle der staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet und der Staatsforsten auf dem linken Rheinufer erstrecken, sondern auch auf das Programm des Moratoriums selbst. Die englische Auffassung gehe dahin, Deutschland für alle Geldzahlungen bis Ende 1924 einen Zahlungsaufschub zu gewöhren, ganz gleich, ob es sich um Reparations- oder Ausgleichszahlungen oder um die Kosten des Besatzungsheeres oder um die Unterhaltungskosten der Kommissionen handle. Italien wolle, daß das Moratorium sich nicht über 1923 hinaus erstrecke, die Franzosen wollten nicht über 1922 hinausgehen. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens hätten jedoch einstimmig den Teil der englischen Vorschläge zurückgewiesen, der die Emission einer internationalen Anleihe auf das Ertrögnis der 26proz. Abgabe von der deutschen Ausfuhr aufbauen wolle, ohne zu gleicher Zeit das Problem der internationalen Schulden zu regeln. Die belgischen Sachverständigen hätten sich der Bewilligung eines langfristigen Moratoriums günftig gezeigt. Sie hätten einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, durch den ein Moratorium für die Barzahlungen bis Ende des laufenden Jahres gewöhrt werde, es jedoch in das Belieben der Reparationskommission gestellt werden soll, die zukünftigen Zahlungen Deutschlands zu bestimmen, ohne allerdings deren Umfang, wie der englische Vorschlag es wolle, auf den Ertrag der 26proz. Ausfuhrabgabe zu beschränken. Die Belgier wollten ferner die Reparationskommission auffordern, die Grundlage für eine Anleihe zu finden. Dieser Formel hätten sich die französischen und die englischen Delegierten nicht anschließen können, weil sie die Regelung der Frage der interalliierten Schulden bei Seite lassen.

London, 13. Aug. Der „Observer“ berichtet über die ernste Krise, die auf der Londoner Konferenz entstanden ist dadurch, daß sowohl die französische als auch die britische Regierung unumschüsslich auf ihrem Standpunkt beharren. (Die erstere verlangt die Kontrolle der Bergwerke und der Forsten, letztere erklärt sich dagegen): Die Krise am gestrigen Tage hat eine wichtige Veränderung in der Verteilung der Kräfte auf der Konferenz bewirkt. Die Belgier, die bisher den britischen Standpunkt gegen die Zollstrafen unterstützt haben, gehen in der Frage der Bergwerke und Forsten in das andere Lager über. Ein gemeinsamer belgisch-französischer Kompromißvorschlag wurde unterbreitet, wonach die Alliierten die Befugnis erhalten sollen, den Aufsichtsräten der Bergwerke Befehle zu erteilen. Wenn sie diese Befehle nicht durchführen, so soll nach dem Vorschlage der Sicherheitsausschuß die Bollmacht erhalten, die deutsche Regierung

zu ersuchen, die Direktoren abzusehen. Die britischen Vertreter stellen sich diesem Vorschlage entschlossen entgegen. Deutschland könne letzten Endes die Alliierten nur zahlen durch Zusammenwirken und nicht infolge eines Druckes. Die britische Regierung verharret fest auf ihrer Forderung eines Moratoriums bis zum Ende des Jahres, was für Deutschland eine wirkliche Befreiung bedeute und nicht von irgend einer Art von Kontrolle über die deutsche Industrie begleitet sein soll.

Ereute Verschiebung der grundförslichen Regelung.

Paris, 13. Aug. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas hat zu Beginn des heutigen Nachmittags nach Beendigung der Verhandlungen, die zwischen den französischen, belgischen und italienischen Ministern geführt wurden, den Eindruck gewonnen, daß bei den Delegationen einmütig der Wunsch bestehe, zu verhindern, daß die Konferenz ohne eine gemeinsame Entscheidung der Alliierten hinsichtlich des deutschen Moratoriums für die Jahre 1922, 1923 und 1924 auseinandergehe. Die Delegierten der 3 Mächte haben die Mittel besprochen, wie man aus der Sackgasse herauskommen könne, in die die Meinungsverschiedenheiten der französischen und britischen Delegierten in der Frage der deutschen Staatsforsten und Staatsbergwerke geführt hätten. Es schein logisch, anzunehmen, daß man zu folgenden Feststellungen gelangt sei: Einesteils schein es unmöglich, für den Augenblick eine Aenderung in der Haltung des französischen oder englischen Premierministers in dieser Frage zu erhoffen, andererseits aber seien die 3 Delegationen der demnächstigen Verhandlung der Frage einer internationalen Reparationsanleihe, die der britische Vorschlag enthalte, vollkommen günftig gesinnt. Aber in Paris und in Rom habe man es für unerlässlich, die Frage einer Reparationsanleihe nicht zu trennen von der allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden. Unter Berücksichtigung dieser Tendenzen sei es wahrscheinlich, daß man die Zustimmung der französischen, belgischen und italienischen Delegierten erhalte zu einem Vorschlage, der darauf abziele, provisorisch die allgemeine Regelung des Reparationsproblems bis auf etwa 2 Monate zu vertagen. Erst dann würden die Alliierten entscheiden, zu welchen Bedingungen man Deutschland ein Moratorium für seine Barzahlungen glaube bewilligen zu können. Während dieser kurzen (?) Zeitdauer müsse das Reich fortfahren, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Dieser Vorschlag, der darin bestehe, die Lösung der Reparationsfrage um einige Wochen zu verschieben, um alsdann die Besprechung des Problems in vollem Umfang wieder aufzunehmen, würde eine Aenderung erfahren, nämlich die eines kurzfristigen Moratoriums von 6 bis 8 Wochen gegen weniger umfassende und der Zeit mehr angepaßte Garantien wie Beschlagnahme der Zolleinnahmen und die 26 prozentige Abgabe von der Ausfuhr, über die man bereits eine Einigung erzielt habe. Unter diesen Umständen würde eine provisorische Maßnahme starke Angelegenheiten bereiten und die Alliierten müßten sich auf die eine oder andere Weise in kurzer Frist einigen, um die 3 Fragen: Zahlungen Deutschlands, Mobilisierung der deutschen Schulden durch eine Anleihe, Regelung der Frage der interalliierten Schulden zu lösen.

Am die deutschen Bergwerke und Forsten.

Paris, 12. Aug. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet um 8 Uhr Abends an London: Die alliierten Finanzminister und Finanzsachverständigen haben erneut verhandelt. Der größte Teil der Erörterungen bezog sich wieder auf die Kontrolle der Bergwerke und Forsten. Die Finanzsachverständigen fordern auch das Recht, zur Enteignung der Bergwerke zu schreiten, falls sich Deutschlands einen neuen Verstoß gegen seine verschiedenen Verpflichtungen zuschulden kommen lasse. Die Sachverständigenkonferenz hat zu keiner Einigung in dieser Angelegenheit geführt.

London, 12. Aug. Wie Reuter erföhrt, sind die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses über die Kontrolle der deutschen Bergwerke und Forsten auf einem toten Punkte angelangt. Die Angelegenheit geht nun an die Ministerpräsidenten zurück. Die Klust zwischen den Alliierten ist tiefer als je.

Vorbereitungen

zur Aufnahme der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer.

Berlin, 12. Aug. Laut „B. Z. am Mittag“ wird die angefordigte Ausweisung der 500 deutschen Elsaß-Lothringer voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages über Rehl erfolgen. Im Einvernehmen mit dem Roten Kreuz und dem Hilfsbund der Elsaß-Lothringer hat das Reichsministerium des Innern Vorsege getroffen, daß die Ausgewiesenen dort empfangen und unterstützt in Privatquartieren vorläufig untergebracht werden. In Rehl und Offenburg sind Stellen für Beratung und Unterstützung der Ausgewiesenen eingerichtet.

3. August
Mitwirkung der
Kur-Anlagen ein
er-Fest
etrieb
eingeladen wird.
Uhr.
Ma. 5.—
anz Hirsau.
t lieferbar!
Motoren
Kupferwicklung,
ikate
S.
0
1
2
3
Motoren
Kupferwicklung,
ikate
S.
7
8
enz G. m.
b. H.
a, Calw,
57.
Ohler
raxis
ommen.
n-
erei.
ustgetrocknete Del-
Ganz besonders
anntes
erepsöl
igen Verfahren be-
dauernd und voll-
here ich bei mäßiger
bis auf den letzten
uten luftgetrockneten
großen und kleinen
Magold
auptbahnhof.
s. ds. Mts steht
asport
Schaff-
Dahsen
Schwane“
eig
f- und Tausch-
aden
Schwarz.

Eine Konferenz deutscher Bergarbeiter über die Gefahren der Kohlennot.

Berlin, 14. Aug. Laut „Volkswacht“ fand gestern in Bochum eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die in einer Entschliessung zu der gegenwärtigen Brennstoffversorgung Stellung nahm. In der Entschliessung heisst es u. a.: „Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot entstehenden Gefahren zu begegnen. Der durch die Gebietsabtretungen bedingte Verlust von rund einem Drittel der deutschen Steinkohlenförderung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das äusserste, lähmt den Verkehr und behindert insbesondere die Versorgung mit Hausbrandkohle. Die Aufrechterhaltung der aus dem Spaarabkommen erwachsenden Verpflichtung, weitere 24 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich an die Entente zu liefern, muß in aller Kürze den vollständigen Zusammenbruch der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft herbeiführen.“

Deutsches Grenzland in Gefahr!

Die neuen „Retorsionen“ Frankreichs und ihre „progressive Erweiterung“.

Die angekündigten „Retorsionsmassnahmen“ Frankreichs haben begonnen. Der Begriff „Retorsion“, dessen enge Verwandtschaft mit dem Wort „Tortur“ für die so bezeichneten Massnahmen, wie eine Berliner Zeitung kürzlich schrieb, überaus charakteristisch ist, bedeutet nichts anderes als „Sanktion“, „Repressalie“, oder auf gut deutsch: „Retorsion“ ist nur ein neuer Name für die Fortsetzung der Kette von Uebergriffen, Vergewaltigungen und Willkürlichkeiten, die Frankreich sich seit dem Waffenstillstand gegen das besiegte und wehrlose Deutschland herausnimmt, angeblich um seine „gerechten“ Ansprüche durchzubrüden. Daß diese Ansprüche keine Berechtigung haben und daß daher auch jenen Repressalienmassnahmen jeder Schein eines Rechtes fehlt, weiß alle Welt.

Das Opfer fast aller „Repressalien, Sanktionen, Zwangsmassnahmen usw.“ war bisher fast ausschließlich das deutsche Grenzland im Westen und ebenso die unglückliche deutsche Grenzlandbevölkerung. Auch diesmal wird die Hauptwucht der neuen Uebergriffe, die Frankreich jetzt „Retorsionen“ zu nennen beliebt, das deutsche Grenzland und mithin das Grenzland-Deutschtum treffen. Zwar spricht die letzte Note Poincares hauptsächlich nur von Repressalien auf dem Gebiete des Ausgleichsverfahrens, von denen in erster Linie das in Frankreich befindliche oder von Frankreich geschuldete deutsche Privatkapital betroffen werden soll, aber in einem kleinen Nachsatz zu Punkt 2 der Note ist genug enthalten, um der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu den schlimmsten Befürchtungen für die nahe Zukunft Anlaß zu geben. Der genannte Absatz 2 erklärt, daß Frankreich sich an dem Eigentum der deutschen Staatsangehörigen schadlos halten werde, das auf französischem Gebiet vorhanden ist, oder — und nun kommt der gefährliche Nachsatz — „sich unter französischer Kontrolle befindet.“ Welches deutsche Eigentum befindet sich aber unter französischer Kontrolle? Antwort: Offenbar das deutsche Eigentum, das sich in dem von den Franzosen besetzten links- und rechtsrheinischen Gebieten befindet!

Die Deutschen in Elsaß-Lothringen sind bekanntlich das erste Opfer dieser neuen Phase der französischen Vernichtungspolitik geworden. Doch die Retorsionen im Elsaß sind nur ein Anfang! Heißt es doch am Schluss der Note: „Falls die verschiedenen Massnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen (und sie werden nicht ausreichen), so werden sie durch weitere progressive Massnahmen ergänzt werden.“ Was es mit diesen „progressiven“ Massnahmen für eine Bewandnis hat und gegen wen sie angewandt werden dürften, darüber hat uns die chauvinistische Presse Frankreichs in ungezählten Leitartikeln seit Monaten unterrichtet. Die progressive Fortsetzung der Retorsionen trifft das besetzte Gebiet im deutschen Westen, sie bedeutet die „Neutralisierung“, lies Annexion des Rheinlandes durch Frankreich. Das Ziel der Retorsionen ist das linke Rheinufer. Zu diesem und nur zu diesem Zweck allein hat man sie erfunden und wird sie — denn Deutschland darf ja gar nicht bezahlen — auch bei jedem weiteren Beweis unseres ehrlichen Erfüllungswillens immer aufs neue, doch wieder „progressiv“ erweitern. — Achtung Deutsche! Deutsches Grenzland in Gefahr!

Die Schicksalsstunde der Deutschen in Elsaß-Lothringen.

Ein Straßburger Mitarbeiter der „Saarbrücker Landes-Zeitung“ hatte Gelegenheit, in Straßburg mit einer führenden Persönlichkeit in Sachen der Gerüchte über drohende Ausweisungen von 80 000 Deutschen aus Elsaß-Lothringen Fühlung zu nehmen. Hier wurde ihm folgendes erklärt: Gegenwärtig befinden sich im Lande noch rund 300 000 Deutsche, die aus wirtschaftlichen Gründen auf der heimatischen Scholle zu bleiben gezwungen sind, solange ihr Hab und Gut als „feindliche Ausländer“ noch nicht von Staats wegen freigegeben ist, d. h. solange ihrem Antrage auf Naturalisation, d. h. Aufnahme in den französischen Staatsverband, nicht Folge geleistet ist. Und mit der Erfüllung dieser tausendfältigen Naturalisationsversuche dürfte es seitens der Präfecturen ex officio nach dem derzeitigen äusserst kritischen finanziellen Verhältnis zu Deutschland nun noch gute Weile haben. Eine Massenausweisung der Deutschen im Lande als erste Zwangsmassnahme soll aber erst in progressiver Weise, d. h. allmählich fortschreitend, zur Tatsache werden, wenn die Drohungen gegenüber Deutschland nichts fruchten bzw. auf internationalem Wege in Kürze eine Lösung oder Milderung des Konfliktstoffes erreicht wird. Offiziös wird aus Paris heute gemeldet, daß die erste Sanktion gegen Deutschland am kommenden Montag getroffen wird und in der Ausweisung von 150 Deutschen aus dem Lande besteht, deren beträchtliches Vermögen laquestriert wird. Acht Taae später sollen abermals 150 wohl-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
Kommunalverband Calw.

Gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 5. Juli 1922 hat die Reichsgetreidestelle die Mehl- und Brotpreise ab 16. Aug. 1922 erhöht.

Im Einvernehmen mit der Württemberg. Landesverorgungsstelle Abtlg. Getreide werden die Mehl- und Brotpreise wie folgt festgesetzt:

Verkaufspreise für den Kleinhandel.

1 kg Weizenmehl	Mk. 17,10
1 kg Roggenmehl	„ 16,40
1 kg Brot	„ 14,80
500 Gramm Brot	„ 7,40

Calw, den 10. August 1922
Kommunalverband: Oberamtmann Gös.

habende Deutsche das gleiche Schicksal erfahren. Dann erst wird die Frage der Massenausweisung akut sein und werden. Erfreulicherweise sträubt sich die gesamte bürgerliche Presse des Landes — ohne Unterschied der Parteifarbung — gegen eine solche Gewaltmassnahme. Selbst die Stimmen der Chauvinisten glauben aus solchen drakonischen Gesetzen keinen Segen für das wirtschaftliche und moralische Leben des Landes erblicken zu sehen.

Wir beschränken uns auf folgende führende Pressestimmen: „Der Elsaßer“ schreibt: „Es ist nötig, um das nichtzahlende Deutschland zu strafen, das wirtschaftliche Leben des Elsaß und Lothringens durch Massenausweisungen zu erschüttern. Wir sind die ersten, welche die Ausweisungen von Deutschen befürworten, die das Gastrecht mißbrauchen. Aber wir halten es für außerordentlich bedenklich, Massnahmen bei uns durchzuführen, wodurch die elssässisch-französischen Kreise in weitem Umfang nachteiligt würden. Hat man vergessen, wie viele Deutsche sich hierzulande assimiliert haben, mit Elsaßern verwandt oder verschwägert sind, als ihre Heimat von Kind auf nur das Elsaß und Lothringen kennen? Will man diese Bande zerreißen, wodurch beide Teile schwer getroffen werden?“

Ähnlich äußert sich die deutschfeindliche „Neue Straßburger Zeitung“, indem sie schreibt:

„Es geht nicht an, daß man, um Deutschland zu strafen, alle diese Bande zerreiht; denn man trifft damit nicht Deutschland, sondern in den allermeisten Fällen das Elsaß und Lothringen. Es geht nicht einmal an, daß man mit diesen Ausweisungen auch nur droht; denn mit solchem Damoklesschwert über dem Haupte ist es einem ehrlichen Mann nicht möglich, zu arbeiten, müssen in gutem Glauben ausgenommene Familienbeziehungen zum offensibaren Schaden des Bürgerfinnes und des nationalen Empfindens verbittert werden. Unser soziales und Wirtschaftsleben braucht Sicherheit und Stabilität, wenigstens in dem Maße, in dem sie in jedem Grenzlande vorhanden ist. Die Ausländerfrage soll bei uns wie in jeder anderen französischen Provinz nach dem Gesichtspunkt der öffentlichen Sicherheit behandelt werden.“

Bermischte Nachrichten.

Der Anschlag auf Scheidemann aufgeklärt.

Kassel, 12. Aug. Die Oberstaatsanwaltschaft teilt mit, daß der Anschlag auf den Oberbürgermeister Scheidemann, soweit die Tat in Frage stand, nunmehr völlig aufgeklärt ist. Die Festgenommenen Hufert und Delschläger haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Verabredung gemeinsam ausgeführt. Als sie am Pfingstsonntag nachmittag den Oberbürgermeister in die Straßenbahn steigen sahen, sind sie ihm gefolgt und während des ganzen Wegs von Wilhelmshöhe durch den Wald hinter ihm hergegangen. Delschläger trug in einem Wlechbehälter die Mauseurenpistole, Hufert führte eine Mehrschadepistole mit sich. Auf dem einsamen Wege nach Müllerbrunn hielt Delschläger den Zeitpunkt zur Tat für gekommen, und übergab die Pistole dem Hufert mit den Worten „Nun machs“. Hufert hat dann in der bekannten Weise dem Oberbürgermeister die Mauseure ins Gesicht gespritzt. Delschläger hielt sich in der Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, hielt er ihn für erledigt und ergriff mit Hufert die Flucht. Ueber die Herkunft der Mauseure verweigern beide jede Auskunft. Sie bestreiten, in Kassel Mitwisser gehabt zu haben.

Die Voruntersuchung über den Rathenaufall abgeschlossen.

Berlin, 12. Aug. Die Voruntersuchung in der Rathenaufallmordsache ist, wie wir erfahren, abgeschlossen. Die Akten liegen zur Zeit dem Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage vor.

Wiederaufnahme der deutschen Schiffahrt nach Australien.

Hamburg, 10. Aug. Die deutsche Schiffahrt nach Australien ist heute wieder aufgenommen worden. Als erstes deutsches Schiff seit dem Kriege fährt der Dampfer „Hanau“ der Deutsch-australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft über Kapstadt nach Adelaide.

Der Kronprinz von England in Oberammergau.

Berlin, 11. Aug. Nach einer Meldung des „Volkswacht“ sind die Oberammergauer Passionsspiele vom Prinzen von Wales und dem Herzog v. Connaught besucht worden. Gleichzeitig war der englische Außenminister, Lord Balfour, in Oberammergau. König Ferdinand von Bulgarien, der diesen Sommer in Tegernsee zur Kur weilt, gehört zu den ständigen Festspielgästen im Münchener Prinzregententheater.

Ein gefährliches Altertumsstück.

Auf einer Reise in Italien hätte neulich, wie die „Antiquitätenzeitung“ erzählt, ein englischer Kunstmaler um seiner Liebhaberei willen beinahe das Leben lassen müssen. Er hatte nämlich in einem römischen Altwarenladen unter vielem unbrauchbaren Zeug einen alten Ring von ungewöhnlicher Form entdeckt. Während er nun den

Ring hin und her drehte, richtete er sich an der Vogellauke, die den Ring zierte; doch beachtete er die Sache nicht weiter, kaufte den Ring zusammen mit anderem Kram und ging nach Hause. Bald darauf aber fühlte er sich nicht wohl; er ließ einen Arzt kommen und dieser stellte eine Blutvergiftung fest. Jetzt kam man darauf, den Ring zu untersuchen, und fand, daß es ein alter italienischer sogenannter „Todesring“ war, wie sie früher zum Meuchelmord benutzt wurden. Die kleinen Ringe der Vogellauke hatten noch so viel Gift enthalten, daß es genügte, um Krankheitsersehnungen herbeizuführen.

Die Unruhen in Portugal.

Lissabon, 13. Aug. Agence Havas. Wenn auch der Streik im Abflauen ist, so wurden doch gestern noch mehrere Bomben geworfen, die aber keine Opfer forderten. Der Polizeipräsident ist gestern gestorben. Es verlautet, daß er Selbstmord verübt habe.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. August 1922.

Natur — der Prüfstein des Gewissens.

Wer die Natur gesunden hat, der würde sich fürchten, in Essen und Trinken, Sitte, Kleidung und allem Gehoben von der stillen, wahrhaftigen Art der Natur abzuweichen; er würde, wenn er zwischen schön und häßlich, förderlich und hinderlich entscheiden müßte, nichts versehen und sich an dem irenen Wesen dieser Tage den Efel freissen.

Einsamkeit in der offenen Natur, das ist der Prüfstein des Gewissens. In Gesellschaften, auf den Straßen, in dem Schauspiel mag es schweigen; denn da wirken die Gegenstände nur auf den Verstand, und bei ihnen braucht man kein Herz. Aber wenn man die weite, edlere, erhabeneren Schöpfung vor sich sieht — ja, da braucht man ein Herz, da regt es sich unter der Brust und klopft an das Gewissen.

Nur die Natur ist redlich! Sie allein liegt an dem ewigen Untergrunde fest, wenn alles andre auf den sturmbewegten Wellen des Lebens unstet treibt.

Standesamt Calw.

Meldungen vom Monat Juli.

Geboren: Am 9. Juli: Erich Alfred, Sohn des Friedrich Martini, Gipsler, hier; 15. Juli: Liselotte Anna, Tochter des Franz Dagne, Bohrmeister, hier; 26. Juli: Lotte Julie, Tochter des Abraham Talmon, Rauer, hier.

Geschiedlungen: 1. Juli: Josef Leng, Schlosser, mit Frida Kusterer, Tochter des Benjamin Kusterer, Landwirt, hier; Friedrich Schraft, Stricker, mit Wilhelmine Wörfinger; Johann Friedrich Bauer, Mechaniker, mit Karoline Jung, 15. Juli: Walter Perrot, Mechanikmeister, mit Maria Schilling von hier.

Todesfälle: 6. Juli: Barbara Kusterer, geb. Kraft, Witwe von Sonnenhardt, 63 J. a., Bez. Nr.; 8. Juli: Vinzenz Foz, Monteur, verheiratet, von Unterreichenbach, 49 J. a., Bez. Nr.; 9. Juli: Anna Maria Schöb, Tochter des Max Schöb, Schaffner, 2 Monate alt; 27. Juli: Baltasar Bafler, Wagnere, 48 Jahre alt; 27. Juli: dessen Ehefrau Katharine Bafler geb. Honold, 52 Jahre alt.

Das Einsalzen (Einsäuern) der Bohnen.

Die Bohnenernte ist in vollem Gange. Sie fällt fast überall reichlich aus. Die Hausfrauen sollten diese günstige Gelegenheit benützen, für den Winter einen Vorrat dieses wertvollen Gemüses zu beschaffen. Das Fleisch kann infolge seines hohen Preises in vielen Haushaltungen nicht mehr täglich auf den Tisch gebracht werden. Das Gemüse wird deshalb mehr als bisher für die menschliche Ernährung herangezogen werden müssen. Die Bohnen sind deshalb so wichtig, weil sie sehr nährstoffhaltig sind und wenig Abfälle ergeben. Die Haltbarmachung der Bohnen kann auf die verschiedenste Weise geschehen. Das einfachste und billigste Verfahren ist das Einsalzen, auch Einsäuern genannt. Es ist mir bekannt, daß viele Hausfrauen von dieser Methode nichts wissen wollen. Sie klagen darüber, daß die eingesalzene Bohnen später ungenügend weich werden und einen unangenehmen Geruch aufweisen.

Auf Grund langjähriger Erfahrungen kann ich folgendes Verfahren bestens empfehlen: Die Bohnen werden entküpelt und geschnitten, wie dies sonst üblich ist. Hierauf kommen sie in leicht gefalzenes kochendes Wasser und bleiben, vom Wiederbeginnen des Kochens an gerechnet, 3—4 Minuten auf dem Feuer. Nachdem sie genügend abgetropft sind, breitet man sie über Nacht auf einem Tische zum Abfließen aus. Am nächsten Tag werden sie unter Zusatz von Salz (auf 12½ kg Bohnen ¼ kg Salz) in die vorher gründlich gereinigten Töpfe oder Fässer gebracht und festgedrückt. Man bedeckt sie mit einem sauberen Leinenluch und beschwert sie mit Brettern und Steinen. Die Gefässe werden, damit die Gärung einen glatten Verlauf nimmt, an einem Platz aufgestellt, an dem eine Temperatur von 25—30 Grad Celsius herrscht. Die während dieser Zeit auf der Oberfläche erscheinenden Unreinlichkeiten sind regelmäßig zu entfernen. Nach Beendigung der Gärung, wenn sich also kein Schaum mehr bildet, werden Luch, Bretter und Steine nochmals gründlich gefäubert und die Bohnen nun an einen möglichst kühlen Ort (Keller) gestellt. Es ist stets dafür zu sorgen, daß die Bohnen genügend mit Flüssigkeit bedeckt sind. Falls das Wasser zu stark verduftet, muß kräftiges Salzwasser nachgegossen werden. Die in dieser Weise eingelegten Bohnen halten sich sehr gut. Beim Kochen werden sie schnell weich, das Kochwasser braucht nicht gewechselt zu werden. Sie geben auch einen ausgezeichneten Salat.

In ähnlicher Weise wird auch das Kraut eingesalzen. Es hat aber gegenüber den Bohnen u. a. den Nachteil, daß es, um schmackhaft zu sein, mit Fleisch gekocht werden muß. Die Bohnen geben auch ohne Fleisch sehr nahrhafte Gerichte. Deshalb sollte jede Hausfrau in diesem Sommer recht viel Bohnen einsalzen.

Defonomierat Winkelmann, Landwirtschaftskammer Stuttgart.

Gewähr

über Hinte

Nach einer
Fisher die
wo Invali
Unfalls ist,
rente über
rente konnte
Zuli 1922 ist
den mit Wit
auch die In
trage gefah
sprüche kön
gestellt wer

Be

Der Hoch
sich Störun
tenes und w

(S. 8.)

S. hielt kürz
Jälle-Heiden
mer, unter de
Ministerialrat
meister Laut
waren, gab d
wirtschaftliche
konnte feststell
Aufführungen
kerischen Erf
liche Sorgen
Erfreulich ist
nach finanzielle
einen gleiche
führen will.
unter Umstän
einzelnen St
Geschäftsführ
Leuerung au
kosten z. B.
nungs- und
Monat für
von 327 000
fönligkeiten
um einen S
den. Für da
gaben und G
haben sich m
summe würd
Abmangel v
des Staats g

(S. 8.)

die Ausfuhr
sich lt. Schw
bis 3. August
station 24
nahezu 87 00
nen aufgege
einem Tag
daß die Pr
müssen, wen
entzogen w

Bereini

Tübingen

vom 3. August
und vom Kr
und der sta
„rechts- und
Den Anlaß
Tübingen v
letzten Jah
festuren des
nicht der ju
angehören, d
staatlichen S
die nur in A
wissenschaftl
Bereinigung
ihre Zusam
durch die S
den mit ein
ihre feitherr
derung erfol

(S. 8.)

Industrie

öhne um 20
ab 18. August
Parteien ha
Schiedspruch

(S. 8.)

leiter A. G.
unaufgeklär
die ihm Arn
brachte, was

(S. 8.)

wurde die I
der Stauffen
von dem Kr
der Firma G

Bogelklaus, die den weiter, laufe den nach Hause. Bald dann Arzt kommen und man darauf, den er italienischer fogen zum M u c h e l e r Bogelklaus hatten m Krankheitsverläufe.

an auch der Streif mehrere Bomben der Polizeipräsident Selbstmord verübt

nd.

14. August 1922.

Wissenschaft.

die sich fürchten, in dem Gebirge von weichen; er würde, sich und hinderlich an dem ihren We-Reisitzer Guntam.

der Prüfflein des den, in dem Schau- die Gegenstände nur kein Herz. Aber Schöpfung vor sich regt es sich unter Kleist.

ein fest, gegen Wellen Schiller.

ti.

Sohn des Friedrich Anna, Tochter des Juli: Lotte Julie, hier.

n z, Schlosser, mit er, Landwirt, hier; ne Wörflinger; Jo- caroline Jung. 15. mit Maria Schil-

erer, geb. Kraft, 8. Juli: Binzenz enbach, 49 J. a., er des Max Schöch, ar B a f l e r, Wa- Ehefrau Katharine

er Bohnen.

illt fast überall reich- Gelegenheit benützen, Gemüses zu beschaf- fes in vielen Haus- bracht werden. Das ntschliche Ernährung deshalb so wichtig, öfälle ergeben. Die hiebesten Weise ge- ist das Einfallen, f viele Hausfrauen Klagen darüber, daß werden und einen

ich folgendes Ver- entfähdet und gen- sie in leicht gefal- überbegin des Ro- er. Nachdem sie ge- auf einem Tisch ie unter Zusatz von a die vorher gründ- b festgedrückt. Man schwert sie mit Bret- die Gärung einen, an dem eine Tem- während dieser Zeit sind regelmäßig zu ich also kein Schaum, nochmals gründlich kühlen (Keller) e Bohnen genügend zu stark verbuschet, Die in dieser Weise Kochen werden sie wechselt zu werden.

eingefallen. Es hat daß es, um schma- Die Bohnen geben ab sollte jede Haus- lzen.

tskammer Stuttgart.

Gewährung der ungekürzten Invaliden- oder Hinterbliebenenrente neben der Unfallrente.

Nach einer Bestimmung der Reichsversicherungsordnung hat bisher die Invaliden- oder Hinterbliebenen-Rente in den Fällen, wo Invalidität oder Tod Folge eines entschuldigungsplüchtigen Unfalls ist, ganz oder teilweise geruht. Nur der die Unfallrente übersteigende Betrag der Invaliden- oder Hinterbliebenen-Rente konnte beantragt werden. Durch Reichsgesetz vom 21. Juli 1922 ist diese Bestimmung geändert worden. Danach werden mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab neben der Unfallrente auch die Invaliden- oder Hinterbliebenen-Rente im ganzen Betrage gezahlt. Anträge auf Prüfung bisher festgestellter Ansprüche können bei der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung gestellt werden.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck hat sich im Osten festgesetzt. Im Westen zeigen sich Störungen. Am Dienstag und Mittwoch ist aber noch trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Von der Württ. Volksbühne.

(Stuttg.) Stuttgart, 14. Aug. Die Württ. Volksbühne G. m. b. H. hielt kürzlich ihre 1. Generalversammlung, die Oberbürgermeister Jägle-Heidenheim leitete. Nach Begrüßungsworten an die Teilnehmer, unter denen auch Ministerialrat Frey vom Kultusministerium und Ministerialrat Rinder vom Finanzministerium, sowie Oberbürgermeister Lautenschlager und zahlreiche Stadtvorstände württ. Städte waren, gab der Vorsitzende einen Rückblick über die künstlerischen und wirtschaftlichen Seiten des Unternehmens im Spieljahr 1921/22. Er konnte feststellen, daß das Interesse an der Volksbühne und an ihren Aufführungen in stetigem Wachstum begriffen ist. Dem großen künstlerischen Erfolg der letzten Spielzeit stehen aber schwere wirtschaftliche Sorgen gegenüber. Es besteht ein Abmangel von 327 000 M. Es freut sich, daß die kommende Spielzeit gesichert erscheint auch nach finanzieller Seite, dadurch, daß die Stadt Stuttgart, gleichsam als Gegengabe für die Unterstützung des Landes beim Landestheater, einen gleichen Betrag wie der Staat der Württ. Volksbühne zuführen will. Dennoch wird die fortschreitende Geldentwertung es unter Umständen erforderlich machen, die Garantiesummen für die einzelnen Städte hinaufzusetzen und die Eintrittspreise zu erhöhen. Geschäftsführer Simon beleuchtete insbesondere die Wirkung der Teuerung auf den Betrieb der Württ. Volksbühne. Die Transportkosten z. B. haben die Summe von 263 000 M. erreicht, die Wohnungs- und Uebernachtungsgelder 200 000 M. Die Einnahmen sind Monat für Monat bis zu 60 Prozent gestiegen, aber der Abmangel von 327 000 M. ließ sich nicht vermeiden. Es soll deshalb an Persönlichkeiten, denen an der Pflege guter Kunst gelegen ist, die Bitte um einen Stützungsbeitrag zur Deckung des Defizits gerichtet werden. Für das neue Spieljahr steht der neue Voranschlag an Ausgaben und Einnahmen je 2,5 Millionen M. vor. 33 württ. Städte haben sich mit 350 großen Vorstellungen festgelegt. Die Garantiesumme wurde in vielen Städten auf 6000 M. erhöht; der errechnete Abmangel von 600 000 M. soll, so hofft man, durch einen Beitrag des Staats gedeckt werden.

Obstverschöbung.

(Stuttg.) Stuttgart, 12. Aug. In welchem ausgedehnten Maße die Ausfuhr von Obst aus unserem Bezirk betrieben wird, ergibt sich lt. Schwäb. Tagwacht aus der Tatsache, daß vom 20. Juli bis 3. August auf einer einzigen Stuttgarter Vorortseisenbahnstation 24 Sendungen Obst und Beeren im Gesamtgewicht von nahezu 87 000 Kilogramm nach außerwürttembergischen Stationen aufgegeben wurden. An einzelne Empfänger gingen an einem Tag über 7000 Kilogramm Beeren. Es ist einleuchtend, daß die Preise eine ungeheure Aufwärtsbewegung annehmen müssen, wenn derartige Massen von Obst dem hiesigen Markt entzogen werden und die Verkäufer sich gegenseitig überbieten.

Vereinigung zweier Fakultäten in Tübingen.

Tübingen, 12. Aug. Durch Entschliebung des Staatsministeriums vom 3. August ist die vom Großen Senat der Universität Tübingen und vom Kultusministerium beantragte Vereinigung der juristischen und der staatswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen zu einer „rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät“ genehmigt worden. Den Anlaß zu dieser Neuordnung gab der nur an der Universität Tübingen vorhandene Zustand, der sich erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts entwickelt hat, daß die beiden ordentlichen Professuren des öffentlichen Rechts (Staats- und Verwaltungsrecht) nicht der juristischen, sondern der staatswissenschaftlichen Fakultät angehören, die seit 1903 nach Wegfall der nicht bewährten ersten staatlichen Sonderprüfungen für Verwaltungs- und Finanzbeamte, die nur in Württemberg bestanden, in erster Linie der staatswissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden zu dienen hat. Die Vereinigung bedeutet nicht ihre völlige Verschmelzung, sondern nur ihre Zusammenfassung zu einer höheren Einheit, in der beide Teile durch die Schaffung von zwei Abteilungen mit besonderen Vorständen mit einer bestimmten Selbstständigkeit weiter bestehen und nur ihre seitherige Vereinzelung aufgeben, um unter gegenseitiger Förderung erfolgreicher zusammenarbeiten zu können.

(Stuttg.) Morzheim, 13. Aug. In der Schmuwarenfabrik wurden ab 1. August bis 17. August die Mindestlöhne um 20 Prozent erhöht. Diese neuen Mindestlöhne erfahren ab 18. August eine weitere Erhöhung um 15 Prozent. Die beiden Parteien haben sich noch zu erklären, ob sie diesen Inhalt eines Schiedspruchs annehmen oder nicht.

(Stuttg.) Fellbach, 12. Aug. In den Ziegelwerken von Hangelteiler A. G. fiel ein verheirateter, hier wohnhafter Arbeiter auf unaufgeklärte Weise in eine im Betrieb befindliche Maschine, die ihm Arm und Bein abriß und sonstige Quetschungen beibrachte, was seinen sofortigen Tod verursachte.

(Stuttg.) Heilbronn, 12. Aug. Gestern abend gegen 1/9 Uhr wurde die ledige Näherin Frida Mayer, die an der Kreuzung der Stauffenberg- und Wilhelmstraße mit ihrem Fahrrad in das von dem Kraftwagenführer Karl Slegmaier geleitete Lastauto der Firma Goppelt fuhr, von diesem überfahren. Sie kam zu

Fall und der hintere Teil des Lastautos fuhr ihr über den Körper. In eine nahe Wohnung gebracht, starb die Verunglückte. Wen die Schuld an dem Unglücksfall trifft, ist noch nicht ermittelt.

(Stuttg.) Meegentheim, 13. Aug. Auf einem Felde bei Großrinderfeld ist eine stark in Verwesung übergegangene männliche Leiche gefunden worden. Man vermutet ein Verbrechen, da verschiedene Verletzungen festgestellt wurden.

(Stuttg.) Ulm, 12. Aug. Ein 23-jähriges Fräulein von Nördlingen, wohnhaft in Neu-Ulm, hat sich durch Gasvergiftung das Leben genommen. Die Tat soll aus Liebeskummer geschehen sein. Sie war in Ulm in Stellung und hatte sich vor der Tat noch ganz weiß gekleidet.

(Stuttg.) Jöng, 12. Aug. Im Einziger Weiher bei Eisenharz ist anscheinend infolge eines Herzschlags, ein junger Mann namens Walter Fürtz aus Mannheim ertrunken. Die Leiche konnte erst nach stundenlangem Suchen aufgefunden werden. Die Leiche wurde ins Krankenhaus „Wilhelmsstift“ geschafft.

Verfassungsfeier in Calw.

* Der Gedenktag des dreißährigen Bestehens der neuen deutschen Reichsverfassung wurde am Freitag abend im „Badischen Hof“ würdig begangen. Der große Saal, der gut besetzt war, war mit den Reichs- und Stadtfarben geschmückt. Stadtschultheiß Göhner hieß als Vorsitzender die Teilnehmer aus Stadt und Bezirk, und namentlich Herrn Dr. Göser und seine Gemahlin herzlich willkommen. Mit ernsten, zu Herzen gehenden Worten wies er auf den Zweck der Veranstaltung hin. In einfacher, klarer Weise wolle man den Gedenktag der Verkündung der neuen Reichsverfassung begehen. Unsere Zeit und ein Blick auf unsere Lage seien ja nicht gerade dazu angetan, festliche Stimmung in uns zu erzeugen. Die wachsende Not im Innern und der erpresserische Druck unserer Feinde laste schwer auf uns. Aber trotzdem hätten wir Grund den Tag des Inkrafttretens der neuen Reichsverfassung festlich zu begehen, denn durch die neue Verfassung sei der geschehene Zustand nach der Revolution durch eine gesetzliche Rechtsordnung ersetzt worden. Und wenn man auch nicht mit allen Bestimmungen einverstanden sein sollte, so müsse man doch dankbar den hohen Wert anerkennen, den die neue Reichsverfassung für den Wiederaufbau des 1918 zugrundegegangenen alten Reichs bedeute. Der innere Wert einer Verfassung liege in ihrem Geiste, daß sie im Volke Wurzel fasse. Mehr noch als bei der alten Reichsverfassung sei es heute Pflicht des Staatsbürgers, mitzuwirken am Wohl des Vaterlandes, jeder müsse von jenem Gemeinschaftsgeiste durchdrungen werden, der alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt. Wir sollen nicht verzweifeln, sondern glauben, hoffen und arbeiten für das deutsche Volk, für das deutsche Vaterland.

Auch der Festredner, Dr. Göser, beantwortete zuerst die Frage, ob wir berechtigt sind, heute ein Nationalfest zu feiern. Gerade in diesen Tagen und Monaten würden wir, vielleicht wie niemals seit dem Zusammenbruch, vor der Entscheidung stehen, ob es uns gelingen wird, unser deutsches Staatsleben über die Schwierigkeiten hinweg zu bringen, mit denen es augenblicklich zu kämpfen habe. Wir würden zur Zeit in einer der schwersten wirtschaftlichen Depressionen leben, und wenn die Geldentwertung so weiter gehe, so werde die industrielle Krise rascher herankommen als mancher gedacht habe. Wenn die Bewertung unseres Geldes im Auslande so weiter sinke, und im Inlande die Entwicklung in demselben Ausmaße gehe, so würden wir vor einer Revolution der Preise stehen wie wir in einem solchen Ausmaße sie noch nicht gehabt hätten. Neben all dem aber sei noch die ernste und schwere Lage nach außen hin zu beachten, die uns von Monat zu Monat in eine neue Krise geführt habe, und von der man nicht wisse, ob sie nicht morgen schon unser wirtschaftliches Leben weiter störe. Und doch sei die Feier der neuen Verfassung nötig. Die Reichsverfassung sei heute mehr umkämpft als je. Wenn wir aber trotzdem den Gedenktag der Gründung der neuen Verfassung feiern, so sei es darum, weil wir vielleicht noch in Erlebnisse und Entwicklungen hineingestellt werden, die uns den Wert dessen, was eine Verfassung ist, zu vollem Bewußtsein kommen lassen. Wie viele gebe es heute, die sagen, was geht mich der Staat an, ich habe mit meiner Wirtschaft zu tun. Man könne diese Auffassung heute, wo das Wirtschaftsleben einen gewaltigen Umfang an geistiger Anpassung und ein energisches Aufpostenstehen verlange, bis zu gewissem Grade verstehen, und wenn man heute geneigt sei, an diesen staatlichen und mehr politischen Dingen vorbeizugehen, so vielleicht darum, weil wir alle ein so kurzes Gedächtnis haben, und weil viele es vergessen haben, daß wir vor 3 Jahren vor der schmerzlichen Frage gestanden seien, ob es im Deutschen Reich überhaupt wieder zu einem Rechtszustand kommen werde. Wir seien jetzt geneigt, den heutigen Rechtszustand als etwas Selbstverständliches anzusehen. Gerade wir in Württemberg mit unseren viel lebendigeren, solideren und älteren politischen Traditionen sollten dafür Verständnis haben, was für das staatliche Leben gerade das Verfassungsgesetz bedeute. Wie viele Jahrzehnte habe gerade das württ. Volk um seine alte Verfassung gekämpft. Und besonders das sollte man nicht vergessen, daß wir nach dem Zusammenbruch alle nicht gewußt haben, ob wir das Reich noch einmal unter ein Gesetz zusammenbringen würden, denn es seien doch recht unklare Verhältnisse gewesen, mit denen man während und nach der Revolution habe rechnen müssen.

Der Redner ging dann dazu über, die historischen Richtlinien für die Entwicklung des Reichsgedankens der neuen Verfassung zu kennzeichnen. Die Ideen der Reichsverfassung reichen zurück bis in die Jahre der Freiheitskriege und darüber hinaus, wo die Sehnsucht nach einem einheitlichen Reich sich stark ausgedehnt habe. Wilhelm v. Humboldt, und Ernst Moritz Arndt, hätten die Forderungen der damaligen Zeit vertreten, daß an Stelle der alten Staatsformen ein neuer Geist treten müsse: Das einheitliche Reich als moderner Staat. Und Febr. v. Stein sei als Staatsreformer von dem Gedanken durchdrungen gewesen, daß man den einzelnen Volksgenossen als Staatsbürger am Staatsleben interessieren müsse. Auch damals habe das staatliche Leben unter dem Druck von außen gestanden, Deutschland-Preußen habe sich schutzlos der Fremdherrschaft preisgegeben gesehen, wie sehr der Einzelne auf das staatliche Leben, auf den Schutz der staatlichen Macht angewiesen sei, man sei über

Goethes Zeit des verschwommenen Weltbürgerturns durch die nackten Tatsachen hinweggekommen. Und später sei dann wieder ein staatliches und bürgerliches Leben entstanden, und auf dieser Grundlage sei der allmähliche Zusammenschluß der Einzelstaaten wieder gefunden worden. Und dann die Jahrzehnte langen Kämpfe um die Verfassungen und die Einheit des Reichs, vom Wiener Kongress, über die Zeit von 1848 bis zur Gründung des Reichs. Und gerade an der Frankfurter Nationalversammlung hätten nicht die schlechtesten des deutschen Volkes teilgenommen, da sei der glühende Wunsch nach Vereinfachung des Reichs in elementarer Weise zum Ausdruck gekommen. Und diese Einheit (mit Ausnahme Oesterreichs) habe dann das Bismarcksche Werk zustande gebracht.

Man sehe aber aus der langen Entwicklungsreihe, eine wie schwere Aufgabe die Verwirklichung des Reichsgedankens gewesen sei. Man könne über die Verwirklichung des Reichsgedankens denken wie man will, aber einen Schritt rückwärts dürften wir nie mehr zurückmachen. Wenn wir die Einheit des Reichs preisgeben und verlieren, dann mögen wir sehen, wie lange der Weg sei, bis wir wieder zum einheitlichen Reich gelangen. Und jeder werde dann die Zerissenheit zu spüren bekommen. Nun sei die Entwicklung auch über Bismarcks Schöpfung hinweggegangen. Wenn aber auch die neue Verfassung in wesentlichen Punkten von dem Werke Bismarcks abweiche, das eine sie doch geblieben, die Vereinigung der deutschen Länder zu einem einheitlichen Vaterlande. Mit dem Untergang des alten deutschen Reichs und des russischen Zarenismus seien die beiden letzten konstitutionellen Großstaaten: verschwunden. Das parlamentarische System sei gewiß im einzelnen modifizierbar, die Verfassung sei in einzelnen Punkten selbst vor, daß sie sich selbst weiter entwickle, aber es komme nicht so sehr auf Einzelheiten an, ob der oder jener mit dem oder jenem Punkte der Verfassung einverstanden sei, sondern darauf, ob man einen Rechtszustand haben wolle, oder wir es riskieren wollen, noch einmal um eine staatliche Form zu kämpfen. Eine Verfassung sei kein fertiges Gebäude, in das man einziehen könne, sie sei nur ein Gerüst, das wir ausbauen müssen. Die Verfassung werde gut sein, wenn wir uns in unserer Entwicklung treu bleiben. Wenn es auch unsere Charaktereigenschaft verbiete, daß wir uns andere staatliche Rechtsformen zum Muster nehmen, so dürfe man doch andererseits auch von Völkern mit älteren staatlichen Traditionen lernen. Im Staatsleben des englischen Volkes, das die älteste Verfassung habe, finde eine ganz andere Auslese der Menschen statt. Es komme nicht so sehr darauf an, daß die Verfassung streng formal durchgeführt werde, sondern darauf, die die Bürger des Staates sich darum kümmern, was mit den Volksgenossen geschehen sich darum kümmern, was mit den Volksgenossen allen geschehen soll, daß sie sich darüber klar seien, daß sie mit ihrem Wohl und Wehe mit ihrem Vaterlande verbunden seien. Wenn wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, dann werde auch unser staatliches Leben aus den Kinderkrankheiten herauskommen, dann werden wir auch zu der Erkenntnis gelangen, daß über wirtschaftlichen Dingen nicht das große nationale Leben vergessen werden dürfe. Wenn es einem Volke Jahrzehnte lang wirtschaftlich gut gehe, so könne es mit seinem staatlichen Leben doch schlecht bestellt sein, das habe die Entwicklung Deutschlands klar gezeigt. Aber jetzt müßten die politischen Kämpfe andere Formen annehmen, besonders wenn wir jeden Tag erleben, wie unsere Gegner uns weiter mit Kriegsmethoden bedrängen. Wenn wir uns weiter im Innern zerfleischen, dann sei es um das Schicksal des deutschen Reiches geschehen. Die Weimarer Verfassung sei die Form, mit der wir aus dem Zusammenbruch die Einheit des Reichs herübergerettet hätten. Reiner von uns wisse, welche Schwierigkeiten und Kämpfe wir noch zu bestehen haben, umso wichtiger sei die Erkenntnis, wie wertvoll eine Verfassung sei. Und diejenigen, die heute mit verzweifelten Anstrengungen gegen die Verfassung aufstürzen, möchten bedenken, wie froh sie einmal wären, daß sie sich unter den Schutz der Demokratie stellen konnten, und daß eine gewalttätige Aenderung der heutigen Verfassung nur um den Preis der Zerstörung der Reichseinheit erreicht werden könne. Man könne Verständnis dafür haben, daß Menschen an alten Traditionen hängen, aber etwas anderes sei es, politische Pläne zum Umsturz der Verfassung zu schmieden. Wer an ihr rücke, der gefährde die Sicherheit des Staats und die Einheit des Reichs. Ein einheitliches, nationales Volk aber würden wir nur bleiben, wenn wir stets „zu Schutz und Trutz brüderlich zusammenstehen“. Stürmischer Beifall belohnte die eindrucksvollen Ausführungen des Redners, und mit Begeisterung wurde darauf das durch die Rundgebung des Reichspräsidenten zum Nationallied gewordene „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen. Ganz im Sinne des Verfassungsgebens waren auch die schönen und bedeutungsvollen Verse gehalten, die Reichslehrer Stauff aus dem „Tell“, von Friedrich Schiller, dem Dichter der Freiheit und des nationalen Gedankens vortrug, nämlich das Zwiegespräch zwischen Attinghausen und Rudenz und die Sterbesezene Attinghausens. Seine Absicht, mit diesen in politisches Gewand gekleideten Mahnungen zur Einigkeit und zu freier nationaler Denke, fand eine vorzügliche Aufnahme, die durch den prächtigen Vortrag besonders unterstützt wurde: „Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ Auch die Gesangsvorträge des Männergesangsvereins „Concordia“, unter der Leitung seines neuen, rührigen und zielbewußten Dirigenten, Hauptlehrer Grab, waren in schönster Weise auf die Stimmung des Tages eingestellt. Frisch und temperamentvoll wurde das schöne Schwabenlied von Wengert, „Grüß dich Gott, schönes Land“, gegeben, stimmungsvoll klang der Freiheitschor von Ullmann, „Ich warte Dein“ und ganz besonders ergreifend wirkte „Der Fremdenlegionär“ von Wengert. Die Stabkapelle unter Musikdirektor Franks gewandter Leitung umrahmte die Veranstaltung mit erlesenen Musikstücken. Zum Schluß dankte der vorstehende allen Mitwirkenden, insbesondere aber dem Festredner, und ermahnte die Teilnehmer im Hinblick auf den Zweck der Veranstaltung, dazu beizutragen, daß wir in den kommenden schweren Tagen einig zusammenstehen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt am Samstag 786 Mark, der Schweizer Franken 150,56 Mark.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Ueber den Devisenverkehr ist eine neue Katastrophe hereingebrochen, die Erholung vom Schluss der vorigen Woche ist wieder verloren gegangen. Die Ursache bildet der hoffnungslose Verlauf der Londoner Konferenz. Auf den Tag, an dem Deutschland sein Verfassungsfecht begehren sollte, kostete die deutsche Mark in Newyork etwa 0,11%, was rund 860 M für den Dollar entspricht. In Frankfurt wurde er sogar bis zu 900 M gehandelt und hat damit den höchsten Stand der vorigen Woche wieder erreicht. Im einzelnen kosteten am 10. August 100 deutsche Mark in Zürich 0,60% (am 3. August 0,64) Franken, in Amsterdam 0,33 (0,31%) Gulden; in Kopenhagen 0,57 (0,58), in Stockholm 0,47 (0,46) Kronen; in Wien 6580 (6585), in Prag 470 (475) Kronen, in Newyork 0,11% (0,13%) Dollar.

Börse. Trotz der höchst misslichen politischen Lage hat die Börse doch dem Anreiz der hohen Devisenkurse auf die Dauer nicht widerstehen können und ist in eine Haussebewegung eingetreten, die sich freilich zunächst in vernünftigen Grenzen hält. Bankaktien wurden davon weniger berührt. Die Führung hatten in Berlin wie in Frankfurt die Montanwerte, in Stuttgart wieder die Papiere der Textil- und Metallbranche, besonders auch Maschinenaktien. Die Durchschnittserhöhung der Kurse be-

trägt etwa 100 Punkte. Das Geschäft in Anlagepapieren war vernachlässigt. Im übrigen hat man immer noch den Eindruck, als ob die große Geldknappheit und das Verhalten der führenden Banken einer Aufwärtsbewegung der Kurse wie etwa im letzten Winter im Wege stünden.

Produktenmarkt. Die furchtbar hohen Preise, die sich im Anschluss an die Geldwertung, die dadurch beschränkte Einfuhr von ausländischer Ware und den Mangel an einheimischen Getreidevorräten herausbildeten, blieben auch in dieser Woche bestehen und haben sich eher noch etwas erhöht, zumal da wegen der immer wieder regnerischen Witterung die Angebote aus der neuen Ernte sich verzögern. Ein richtiges Bild von der Marktlage ist schwer zu gewinnen. An der Stuttgarter Landesprodukttenbörse z. B. wurden die Preise lediglich als nominell bezeichnet. Zu verwundern ist das nicht, wenn der Doppelzentner Heu mit 1200-1350 und Stroh mit 600-650 M. notiert wurde. In Berlin kosteten am 10. August Weizen 1725-1750 (+ 50-75), Roggen 1340-1360 (-30 Prz.), Wintergerste 1275-1300 (unverändert), Haber 1600-1640 (+ 75-90), Mais 1400-1425 (+ 60), Weizenmehl 4200-4450 (+ 100-150).

Warenmarkt. Die Charakteristik der vorigen Woche gilt auch für die letzte: Sprunghafte Steigerung aller Preise, heillose Verwirrung bei den Verkäufern und Bestürzung bei den Käufern, die vielfach aus Besorgnis vor einer weiteren Verteuerung zu Angstkäufen übergehen. Jede neue Sendung die der Kaufmann erhält, ist um unsinnig viele Prozente erhöht. Seine Bestellungen werden zu den vereinbarten Preisen nicht

ausgeführt. Eine geordnete Preiskalkulation ist nicht mehr möglich, was zu Unzuträglichkeiten im Verkehr mit dem Publikum führt, selbst wo der beste Wille beim Kaufmann vorhanden ist. Am schärfsten prägen sich die Preissprünge wieder auf dem Gebiete der Metallindustrie und Textilbranche aus, aber auch Häute, Leder und Schuhe, überhaupt alle zum täglichen Leben gehörigen Gegenstände sind in fortgesetzter Teuerung begriffen.

Viehmarkt. Der Stillstand ist schon wieder vorüber. Da und dort hört man zwar von einem etwas billigeren Verkauf der Milchschweine auf den Märkten des Landes, aber das scheint oft nur Zufälle zu sein, die alsbald auf benachbarten Märkten ins Gegenteil ausschlagen. Am Stuttgarter Viehhof war wieder ein allgemeines Steigen zu bemerken. Bei der letzten Auktion in Offenhausen sind wieder bedeutend höhere Pferdepreise erzielt worden.

Holzmarkt. Lage unverändert fest, Preise weiter steigend.

Schafweidepacht.

(S.C.B.) Tresselhausen M. Geislingen, 12. Aug. Bei der Schafweidepachtung wurde die Summe von 430 000 M. gelöst von Schafhalter Häberle von Gaurndau. Die diesjährige Schafweide war zu Anfang mit 7000 M. verpachtet und hatte durch Nachzahlung sich auf 19 000 M. erhöht.

(S.C.B.) Wunderlingen, 12. Aug. Die Schafweide ist um 540 000 M. (im Vorjahr 40 000) an Landwirt Heinrich Wahl von Krumwälden, Gemeinde Groseislingen verpachtet worden.

Für die Schafweide verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bezirks-Arbeitsamt Calw Lederstraße 161. Fernsprecher 109.

Offene Stellen

a) für männliche Personen:

- 1 Kochfräulein
- 1 gewandtes Schreibfräulein
- 2 Bäder
- 1 Servierfräulein
- 1 Zimmermädchen
- etwa 20 junge Mädchen nicht über 18 Jahre alt, für Handarbeit nach Leinwand.

b) für weibliche Personen:

- 1 Flaschnerlehrling
- 1 Schreinerlehrling.

Calw, den 12. August 1922.

Der Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw beabsichtigt die **Gewerbe-Ausstellung in Alpirsbach** am 20. August zu besuchen. Abfahrt in Calw 6.59 Uhr morgens. Ebenso ist eine Beteiligung der Mitglieder am **Verbandstag der württ. Gewerbevereine in Ehlingen** am 27. und 28. August sehr erwünscht. Anmeldungen wollen sofort gerichtet werden an den Vorstand H. Schig.

Verloren ging am Sonntag Abend, den 6. August eine **Bernsteinhalskette** in den Kuranlagen in Hirsau. Gegen Belohnung abzugeben **Hirsau, Villa Heligena, Uhlandstraße 127.**

Einfache, gebildete Witwe **sucht Stellung als Haushälterin** Angebote unter R. G. 180 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

W. Volkstheater Calw "Babischer Hof".

Dienstag, den 15. August

!! Nur einmalige Aufführung !!

Heimat.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Vorverkauf: Zigarrenhandlung Robert Ott, Fernsprecher 133.

Alzenberg, den 13. August 1922.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser treu- bejorgter Vater

Martin Schulz †

im Alter von 46 Jahren heute Morgen um 9 Uhr von seinen schweren Leiden erlöst wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung Dienstag Nachmittag um 2 Uhr.

Amerikaner können ihre Rückfahrkarten jederzeit sofort erhalten bei der Agentur der **Hamburg-Amerika-Linie** in Calw Buchhandlg. Dipp (Marktplatz). Kostenlose Beratung für Reisen nach allen Plätzen in Uebersee, Fahrkarten vorrätig.

Hausbursche nicht unter 18 Jahre alt wird bei guter Bezahlung für sofort oder 1. Sept. gesucht. Erholungshaus **Ludwigsburg Bad Liebenzell.**

Dankfagung. Für die liebevolle Pflege meines Vaters im Krankenhaus, für die zahlreiche Beteiligung der Bevölkerung E m b e r g s und Umgebung an seinem Begräbnis, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers L a n g, für den erhebenden Gesang meiner lieben Kollegen sagen den herzlichsten Dank **Hauptlehrer Schmidt, mit Familie. E m b e r g**

Luftkurort Hirsau.

Heute Montag abend 8 Uhr **Tanz-Unterhaltungsabend** im Gasthof zum „Löwen“. Eintritt Mk. 6.—.

Kurverwaltung.

Bauarbeiten.

Zu einem Doppelwohnhaus für die Vereinigten Deckenfabriken A.-G. in Calw ist die **Handarbeit für die Zimmerarbeiten zu vergeben.**

Arbeitszeichnungen, Arbeitsbescrieb und Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht auf und wollen Angebote bis spätestens Freitag, den 18. ds. Mts., abends 6 Uhr, daselbst abgegeben werden.

Calw, den 12. August 1922.

Die Bauleitung: E. Kiefner

Weizen, Gerste, Haber, Melasse empfehlen **Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach.**

Infolge neuer Bezirks-einstellung in Württemberg haben wir die **Generalvertretung bezw. Alleinverkauf** unserer weltberühmten, sehr gut eingeführten **Wohlmuth-Apparate** für Calw, Neuenbürg, Wildbad, nebst großer Umgebung an tüchtigen Herrn oder Dame zu vergeben, der Bezirk würde eventl. noch erweitert. Es kommen nur Bewerber in Frage die eine kleine Organisation verstehen u. den Verkauf forcieren. Der Verkauf bietet sehr hohes Einkommen. Weitgehendste Reklame wird von der Fabrik übernommen.

G. Wohlmuth & Co. AG Fabrik elektro-galvanischer Apparate **R o s t a n z** Kreuzlingerstraße 47 a. Fernsprecher 1011.

Legt nicht alles in Sachwerten an. Durch Sparbarkeit könnt Ihr die Kaufkraft des Geldes wieder heben.

Beträge jeder Höhe könnt Ihr auf unserer Sparkasse anlegen.

Spar- und Vorschubbank Calw.

Pferchverkauf für Bezirk I und II am Mittwoch, den 16. August 1922, vormittags 8 Uhr. Calw, den 12. August 1922. Stadtpflege: Frey.

Mittwoch, den 16. August, von vormittags 7 Uhr ab, steht in Calw im Gasthaus zum „Löwen“ ein sehr großer Transport

erstklassiger, starker junger **Milchkühe** **Kälberkühe, trächt. Schaffkühe, hochtr. Kalbinnen, starke Zugochsen, sowie schönes Jungvieh** zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch freundlichst einladen **Rubin & Max Löwengart.**

Ein vorzügliches Getränk!

Apfelico Mostansatz-Conserven

Alleinige Hersteller: **GLOCKER & TUTEUR PFORZHEIM.**

Ritter-Drogerie Calw; Eugen Dreiß, Marktplatz; K. Otto Vincon, Lederstr.

Erstklassiges Weizen-Mehl gar. nur 65% ige Ausmahlung können wir infolge günstiger Eindeckung zu **Mark 2300 pro Ztr.** abgeben. Abgabe von 1 Ztr. ab. Säcke sind beizubringen **Rohler & Pfbaum, Weilderstadt.**

Suche sofort 25 000 Mk. auf II. Hypothek aufzunehmen. Angebote unter R. M. 187 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wer leiht sofort 20000 Mk. gegen gute Sicherheit auf ein Wohnhaus aus. Gest. Angebote unter R. Et. 187 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Flaschen aller Art, keine Bierflaschen, Lumpen, Knochen, Alt Papier, Alt Eisen usw. kauft fortwährend zu höchsten Tages-Preisen Burkhardt, Nonnengasse 139. Wird auch abgeholt.

Bauholz ca. 14 cbm, beßlagen, hat i. Auftrag preiswert abzu geben. Architekt **Kling, Birkenfeld (Wrtbg.)** Fernsprecher Nr. 11. Ein fast noch neues, gut-erhaltenes **Fahrrad** hat zu verkaufen. Anzusehen abends 6 Uhr **Eugen Kappler, Ottenbronn.** Neuhengstett. **Gluck-Henne mit 8 Jungen** verkauft **E. Nyasse, d. „Köble“.**

Nr. 188

Die Vereinbar Reichsregierung Opposition ge persönliche An tritt zu veran Mehrheitspar scheint bei der zu bestehen.

Die Reuter me tert, weil mochten, bzw lischen Vorsch naten widerse nämlich die der Polleim auferdem no werke im be gebiets, wora vorgeschlagen, ratorium zu g zahlungen bis September in stoß (!) ang weil auch Seite trat, funkt im zeitig das Schulden bef will damit a derungen geg nen Schulden schuß der Ko Deutschland 4 Wochen za was halbamt stimmung ge die von ihr also ihre Sp offensichtlich sprochene Dr waltspolitik w zosen behinde

Die Lon Sieg der

London, 15. meldet: In be mächtigsten Schu ben deutschen V Vertreter der A Da ein Ausglei Allierten geprü beste Lösung fi rechte Ausfüh lung der Repar Moatorium w weigert. Es so bertermin. Die den 31. August Verzögerung in schoben werden. einer Rate in b stoß durch den Allierten sollen Anwendung bri tikel 1 bis 6 de sich auf die Wa eine Gefundung dem Garantieau einnahmen und